

## „Fatales Signal“ an die betroffene Bevölkerung

**Silbersee-Untersuchungen: Stadtrat schickt Offenen Brief an das Land**

**Der Stadtrat von Kalbe will nicht tatenlos zusehen, wie im Umgang mit der Brüchauer Bohrschlammgrube weitere Jahre ins Land gehen, bis anhand neuer Untersuchungsergebnisse über eine endgültige Schließungsvariante entschieden wird. Er hat jetzt einen Offenen Brief ans Landes-Wirtschaftsministerium verabschiedet.**

Von Conny Kaiser

---

Kalbe/Brüchau | Der Umgang zuständiger Behörden und Unternehmen mit der Bohrschlammgrube Brüchau, auch Silbersee genannt, ist nach Ansicht des Kalbenser Stadtrates bestens dazu geeignet, die Politikverdrossenheit an der Basis weiter zu schüren. „Und das ist ein fatales Signal“, sagt Bürgermeister Karsten Ruth, der zur jüngsten Ratssitzung einen Offenen Brief vorbereitet hatte. Er ist am Donnerstagabend dann auch von sämtlichen Ratsmitgliedern unterzeichnet worden.

In der Einheitsgemeinde Kalbe, zu der auch Brüchau gehört, herrscht nach den Medienberichten über die jüngste Sitzung des Landes-Wirtschaftsausschusses Anfang Dezember große Enttäuschung. Die Betreiberfirma Engie E&P Deutschland GmbH hatte dort den weiteren Umgang mit dem Silbersee beleuchtet und erklärt, dass es wohl noch bis 2020 dauern wird, bis die Untersuchungen, die im Zuge des von Landesseite genehmigten Sonderbetriebsplanes erfolgen, abgeschlossen sind (Volksstimme berichtete). Anhand der Ergebnisse soll dann erst entschieden werden, ob die Grube dekontaminiert und das ausgehobene Material in ein sicheres Endlager verbracht wird – oder ob sie stattdessen mit einer Spezialfolie abgedeckt wird. Diese Variante, die deutlich kostengünstiger wäre, wird vor Ort komplett abgelehnt. Denn im Silbersee lagern unzählige Tonnen quecksilberhaltige und auch radioaktiv strahlende Bohrschlämme sowie auch artfremde, hochtoxische Stoffe aus der Chemieproduktion. Diese wurden vor der Wende eingelagert. Dabei schützt einzig eine teils nur rund 70 Zentimeter dicke Geschiebemergelschicht vor einer Umweltkatastrophe.

„Es entsteht unweigerlich der Eindruck, dass ... die Befindlichkeiten der unmittelbar Betroffenen vor Ort lediglich einen nachgeordneten Rang einnehmen sollen“, heißt es nun in dem Offenen Brief ans zuständige Wirtschaftsministerium. Und weiter: „Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass mit jedem Tag Verzögerung unter Umständen die gesundheitliche Gefährdung für unsere Bürgerschaft wächst, mit Sicherheit jedoch Skepsis und Misstrauen gegenüber allen Verantwortungsträgern.“ Das, so unterstreicht Bürgermeister Ruth, sei vor Ort schon sehr deutlich spürbar.

---